

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonekzelle für Arbeitslosensuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzelgen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

## Drei Dinge.

Der Glaube ist's, der Lebenskraft Jedwedem Werk verleiht;  
Wo er nicht ist, fehlt jeder Saft,  
Durch den es frisch gedeiht.  
Nur mit des Glaubens ganzer Kraft  
Kannst du erfolgreich ringen;  
Ja, wer mit ihm sich auferafft,  
Dem winkt ein froh' Gelingen.

Doch nicht der Glaube ist's allein,  
Der hin zum Ziele führt;  
Wenn dich mit Tücken groß und klein  
Das Schicksal fest umschneidet,  
Denn mit dem Glauben Hand in Hand  
Muß fest ein Wille stehen,  
Bereit, durch eine Felsenwand  
Voll Wagemut zu gehen.

Dann nenn' ich die Beharrlichkeit  
Als drittes Glied im Bunde  
Schieb dir das Ziel auch noch so weit,  
Dir schlägt des Siegers Stunde.  
So mögen rings umher mit Macht  
Der Sturmflut Wellen toben.  
Der Morgen steigt — es sinkt die Nacht;  
Du wirst das Ende loben!

Christoph Wieprecht.

## Ein Mahnwort an die älteren Mitglieder.

In den letzten Jahren, besonders seit Einführung der Jugendklasse, wurde immer wieder mit den eindringlichsten Worten auf die Notwendigkeit der Gewinnung der jungen Metallarbeiter hingewiesen. Und mit Recht! Eine Organisation, welche nicht nur vorübergehend, sondern dauernd die Interessen der Arbeiter vertreten will, muß mit aller Energie den jungen Nachwuchs zu gewinnen suchen. Die Jugendagitation war in vielen Bezirken erfolgreich. Es ist nicht zu verkennen, daß aus den Reihen der jungen Metallarbeiter schon mancher tüchtige Vertrauensmann hervorgegangen ist.

So erfreulich diese Tatsache ist, muß man aber leider auch feststellen, daß viele ältere Kollegen sich von der Agitation abwenden. Sehen wir uns einmal die älteren Sektionen an. Wo sind da die Kämpfer, die in den Gründungsjahren in den vordersten Reihen standen? Wo ist bei so manchem der Idealismus und die Arbeitsfreudigkeit, mit denen in den ersten Jahren für unsern Verband gekämpft wurde? Ein Teil der Kollegen ist überhaupt nicht mehr in unseren Reihen zu finden. Sie hatten sich in den ersten Jahren begeistert lassen, besaßen aber nicht die notwendige Standhaftigkeit und Ausdauer, welche jeder Gewerkschaftler besitzen soll. Sie blieben bei den verschiedenen Kämpfen, die unsere christliche Gewerkschaftsbewegung und besonders unser Verband zu überwinden hatte, auf der Strecke. Und das kam daher, weil sie nicht zu den besten Versammlungsbesuchern zählten. Sie waren nicht von dem notwendigen Ernst unserer Sache durchdrungen. Sie erkannten nicht, daß unsere junge Gewerkschaftsbewegung sich zunächst durchsetzen mußte, und dieses ohne Kampf nicht zu erreichen war.

Einen anderen Teil bilden diejenigen, welche zwar Mitglieder sind, vielleicht regelmäßig ihre Beiträge zahlen, sich auch auf der Verwaltungsstelle oder beim Kassierer einfinden, wenn sie Unterstützung holen, oder in der Versammlung erscheinen, wenn Beitragserhöhung auf der Tagesordnung steht; auch mal Klagelieder anstimmen, wenn es in der Sektion nicht nach Wunsch vorwärts geht, sich aber um die Weiterentwicklung selbst bitter wenig kümmern. Tritt man einmal an diese Kollegen heran und redet ihnen eindringlich von den Pflichten der Mitglieder und ermahnt sie, fleißiger an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten, dann erhält man die Ausrede: „Ich habe lange genug gearbeitet, laß die Jungen auch mal was tun“. — Darauf antworte ich dir folgendermaßen: „Selbstverständlich sollen die jungen Mitglieder mitarbeiten, und in manchen Sektionen arbeiten sie auch tüchtig mit; das ist gut und notwendig, damit der Nachwuchs an die schwere Verbandsarbeit gewöhnt wird. Aber es ist doch kein gesunder Zustand, wenn in einer Sektion sich der Vertrauensmännerapparat zum größten Teil aus jungen Mitgliedern zusammensetzt, die mit dem besten Willen nicht alles beherrschen, was sie als Vertrauensmann wissen sollen. Sie stehen eben noch nicht lange genug in der Bewegung. Zudem wird auch die Schaffung des Vertrauensmännerapparates durch den gewöhnlichen Weg nicht zu erreichen sein.“

tionen fehlten die älteren, erfahrenen, tätigen Kollegen. So mancher ist dort, welcher das Zeug zum tüchtigen Vertrauensmann hat, aber lau und gleichgültig ist und für unsern Verband fast nichts mehr bedeutet als ein lebendig zahlendes Mitglied. Wie viel Gutes könnten diese Kollegen leisten, wenn sie eifrig und pflichttreu für unseren Verband arbeiteten. Ist denn heute die Aufklärungsarbeit unter den Metallarbeitern nicht mehr so notwendig wie früher? 70 Prozent, 1½ Million Metallarbeiter müssen noch für die Organisation gewonnen werden. Da heißt es, rastlos und unermüdet schaffen, daß diese Massen den Weg zur Organisation finden. Wenn früher die unorganisierten Massen hier und da in die Versammlungen kamen, wo Aufklärungsarbeit geleistet wurde, so muß heute die Agitation hauptsächlich durch die Kleinarbeit betrieben werden. Bei dieser Kleinarbeit, Hausagitation genannt sollen die älteren Mitglieder ihren Mann stellen, die Jugend wird freudig dem Beispiele folgen.

Freilich erkennen wir auch an, daß manche ältere Kollegen in den einzelnen Orten treu und unentwegt arbeiten und gleichsam die Seele der ganzen Bewegung am Orte darstellen. Diesen haben die Kollegen am Orte viel zu verdanken. Mögen sie auch für die Zukunft treu mitkämpfen, wir bedürfen sehr ihrer Mitarbeit, ihr gutes Beispiel wird bei der Jugend Nachahmung finden. Leider gehört ein ansehnlicher Teil unserer Kollegen nicht zu den Eifrigen. Diese Kollegen sollen eine Gewissensforschung vornehmen und den ernstesten Entschluß fassen, mit allen Kräften fortan mitzuarbeiten, um wenigstens einen Teil des Versäumten nachzuholen. Bald setzt die Herbstagitation ein. Zeigt, daß Ihr gewillt seid, pflichtbewußte, zielbewußte Mitglieder zu werden. Stellt voll und ganz Euren Mann bei der Haus- und Jugendagitation und auf der Werkstätte. Gemeinsam mit den jüngeren Kollegen nehmt die Verbandsarbeit auf. Dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

## Planmäßige Vorbereitung der Herbstagitation.

Die Sommermonate gehen ihrem Ende entgegen. Es läßt sich nicht leugnen, daß in mancher Verwaltungsstelle die wärmere Jahreszeit eine Abschwächung des Gewerkschaftslebens im Gefolge hatte. Besonders in diesem Jahre, wo Massenbewegungen, welche das Interesse der Metallarbeiterschaft wachzuhalten geeignet waren, weniger zu verzeichnen gewesen sind. Die Folge ist ein ungenügender Versammlungsbesuch und ein unzureichender Werbeeifer unserer Kollegen. Soll trotz alledem unsere Mitgliederentwicklung ein befriedigendes Tempo einschlagen, dann muß der Werbearbeit in den nächsten Monaten von allen Verbandskollegen ein höheres Interesse entgegengebracht werden.

Der christliche Metallarbeiterverband hat noch ein gewaltiges Ausbreitungsgebiet. Rund 70 Prozent der Metallarbeiter Deutschlands sind noch unorganisiert. Wieviele von den 70 Prozent den Weg zu uns finden, liegt an uns. An Indifferenten ist also kein Mangel. Die materiellen Erfolge unseres Verbandes, ebenso die allgemein befriedigende Wirtschaftslage mühten eigentlich den Vormarsch der Organisation beschleunigen. Auch besitzt unser christlicher Metallarbeiterverband heute in fast allen Zahlstellen einen Stab treuer und bewährter Kollegen. An günstigen Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Mitgliederbewegung fehlt es also nicht. Es gilt nur mit Umsicht und zäher Ausdauer die Werbearbeit zu betreiben.

Falsch wäre es, wenn sich nun unsere Kollegen planlos auf alle Indifferenten stürzen würden. Alle Zahlstellenvorstände müssen sich zunächst die Doppelfrage vorlegen: Welche Berufsgruppen werden in der nächsten Zeit in der örtlichen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Rolle spielen? In welchen Branchen wird eine intensive Werbearbeit die größten Erfolge zeitigen? Je nachdem die Beantwortung der beiden Fragen ausfällt, muß die Agitation eingestellt werden. Unzweckmäßig erscheint es mir z. B., daß wir unsere Agitationskräfte ausschließlich den Hochofenarbeitern widmen. Ein Teil dieser Arbeitergruppe hat noch keine Vergangenheit als Arbeiter. Die Anschauungen vieler Hochofenarbeiter wurzeln noch zum Teil in den bäuerlichen Verhältnissen, aus denen sie hervorgegangen sind. Ihr Standesbewußtsein ist ungenügend entwickelt. Hinzu kommt die lange Arbeitszeit und die aufreibende Arbeit, so daß bei dieser Berufsgruppe große agitatorische Erfolge vorläufig nicht zu erreichen sind.

Ohne einer Vernachlässigung der Feuerarbeiter das

unter den gelernten Berufen empfehlen, namentlich im Kleingewerbe. Die berufliche Intelligenz der dem Kleingewerbe angehörenden Kollegen ist vielfach mit sozialer Einsicht verbunden. Aus diesem Grunde ist es nicht allzu schwer, im Kleingewerbe gewerkschaftliche Eroberungen zu machen. Haben wir diese Kollegen organisiert, dann ist die Möglichkeit gegeben, Tarifverträge für sie abzuschließen und sie wirtschaftlich vorwärts zu bringen. Wir bekommen damit neues Werbematerial in die Hände, mit welchem den Arbeitern der Großindustrie noch besser wie bisher, an der Hand örtlicher Beispiele der Wert der gewerkschaftlichen Organisation täglich vor Augen geführt werden kann. Weitere Gründe, die uns zur Agitation im Kleingewerbe veranlassen müssen, sind die Machtgäste des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Sind wir überall so stark vertreten, daß die Genossen bei Bewegungen auf ein Zusammenarbeiten mit uns angewiesen sind, dann werden die Gegner auch in der Zeit außerhalb der Tarifbewegung sich unseren Kollegen gegenüber einer anständigen Haltung befleißigen müssen. Bei unseren Vorbereitungen für die Herbstagitation ist auch die Jugend zu berücksichtigen. In den Gewerben, wo die Sozialdemokratie oder der Indifferentismus dominiert, können wir nur durch eine planmäßige Jugendagitation dazwischen kommen.

Nachdem die Agitationsgebiete sondiert sind, muß die Frage beantwortet werden, wie fassen wir die Werbearbeit praktisch an. Vor allen Dingen soll eine umfassende Adressensammlung in die Wege geleitet sein. Das kann auf verschiedene Weise geschehen. In erster Linie können wir die Adressen von den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen erhalten. Es empfiehlt sich aber nicht, einfach die Mitgliederlisten abzuschreiben. Die Erfahrung lehrt, daß besonders die Wohnungszugänge oft unrichtig sind. Viel zweckmäßiger ist es, wir überlassen jedem Verein soviel Adressentypen (Formular Nr. 12), wie er Mitglieder braucht. Die Vertrauensmänner der Vereine können die Karten selbst ausfüllen. Wir bekommen so genaues und übersichtliches Material. Reichen die Adressen dieser Vereine nicht aus, dann müssen unsere Kollegen Adressen sammeln. Bei der großen Menge von Kleinbetrieben, die in den meisten Städten vorhanden sind, wird es schwer sein, die Adressen aller Betriebe zu erhalten. Ein gutes Hilfsmittel haben wir uns in den letzten Jahren geschaffen. Das sind die Jugendlichen. In vielen Werkstätten, wo keine Gesellen unsern Verbände angehören, haben wir Jugendliche organisiert. Diese können in den Dienst des Adressensammelns gestellt werden. Sind genügend Adressen zusammengekommen, dann muß das Material gesichtet werden und zwar nach Branchen, Betrieben oder Altersklassen.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Hausagitation das wirkungsvollste Werbemittel ist, muß jede Ortsgruppe sofort dazu übergehen, die notwendige Zahl von Hausagitatoren ausfindig zu machen. Die Zahl der Vertrauensmänner allein reicht nicht aus. Je zahlreicher die Beteiligung, desto größer der Erfolg und auch die Begeisterung. In der nächsten Vertrauensmännerprüfung muß von jeder Zahlstelle eine Liste mit genauer Wohnungsangabe der für die Hausagitation brauchbaren Kollegen aufgestellt werden. Ein Exemplar des Verzeichnisses bleibt am Orte, das zweite erhält der Vorstand der Verwaltungsstelle.

Ist auch diese Arbeit geleistet, dann muß planmäßig das Pflichtbewußtsein aller Mitglieder geschärft werden. Allen Kollegen müssen die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlungen, der Bezirkskonferenzen und die Bestimmungen unserer Satzungen betreffend Mitarbeit in der Organisation zum Bewußtsein gebracht werden. Schwarzfaher, die durch ihre überflüssigen Redereien die Arbeitsfreude der übrigen Kollegen lähmen, sind zur Mitarbeit zu veranlassen oder kalt zu stellen. Es muß auch Wert darauf gelegt werden, daß möglichst viele Kollegen an den Vorbereitungen für die Herbstagitation mitwirken. In den Verwaltungsstellen, die Beamte haben, hat sich leider allmählich die Praxis eingebürgert, sozusagen alle Arbeit auf den Sekretär abzumähen. Damit ist radikal zu brechen. Gemiß sollen die Beamten in der Verwaltungsstelle mit an der Spitze stehen — erst recht bei der Hausagitation — aber alles und jedes können sie nicht machen. Das könnte verhängnisvoll werden.

Das sind meine Vorschläge zur Vorbereitung der Herbstagitation. Selbstverständlich kann nicht in allen Zahlstellen nach einem Schema gearbeitet werden. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn die obigen Anregungen beachtet, und überall mit der notwendigen Planmäßigkeit und Ausdauer gearbeitet wird, wir in den nächsten Monaten Tausende neuer Kämpfer in unseren Reihen begrüßen können.

P. D.



vollen überhaupt dazu ausgenutzt werden, neuen Schwung und Stimmung in den einzelnen Orten für unsere Bewegung auszulösen.

Die sozialen Wahlen bieten endlich auch die Gelegenheit, mit den anderen christlichen und nationalen Vereinen und Organisationen Beziehungen herzustellen, um gemeinsam einen starken Damm, oder noch besser, ein machtvolles Unkrautstecher der Sozialdemokratie entgegenstellen zu können.

Wenn wir nun noch in Betracht ziehen, daß ab 1. Januar 1914 zwischen 6-7 Millionen Kreuzver- sicherten der Krankenversicherung unterstellt werden, wenn wir ferner daran denken, daß durch die neue Reichsversicherungsordnung den Versicherten alljährlich 200-250 Millionen Mark mehr als bisher zufließen können, dann erbt kommt uns zu vollem Bewußtsein, welche Wichtigkeit doch demnächst den Krankenkassenauschüß, den Vorstands- und den Versicherungsamts-, Oberversicherungsamts- sowie Reichsversicherungsamtswahlen zukommen ist.

### Was wir im Sommer „wollen“, „sollen“ und „können“.

Die Stimme aus Danzig in Nr. 34 unseres Verbandsorgans und des Kollegen Ept. in Nr. 31 veranlassen mich zu sagen: „Ja, auch im Sommer können agitatorische Erfolge erzielt werden, wenn wir nur wollen, trotz höchstem Wetter, Ausflügen, Schützenfesten, Kirnessen usw.“

Doch wäre es töricht, wenn neben solchen Erfolgen nicht auch auf den Bestand der Mitgliedschaften geachtet würde. Auch hierin sind wir nicht müßig gewesen. Eine Vorstands- und gleich danach eine Vertrauensmännerkonferenz befaßte sich mit der bisherigen Fluktuation.

Innerehalb der letzten zwei Monate erklärten in unserer Ortsverwaltung 29 Vollmitglieder und acht aus der Jugendklasse ihren Austritt. Sobald dieses bekannt wurde, zögerten die Vertrauensmänner keine Minute mehr. 18 Mitglieder wurden auf der Arbeitsstelle und 30 in der Wohnung aufgesucht und ihnen die Pflichten und Rechte eines Mitgliedes erneut und eindringlich vor Augen geführt.

Mies in 104 haben wir in unseren Tätigkeitsgebiet durch Kleinarbeit 144 Neuaufnahmen erzielt und 19 Zahlungsstände gehalten. Das war sicherlich ein schöner Erfolg, der glänzend die unfähig widerliche Lebensart: „Es nützt ja doch nichts!“ widerlegt.

Deshalb auf zu neuer Arbeit! Bereite dich vor zur Herbstagitatio!

### Das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen.

Bekanntlich besteht zwischen Krankenkassen und Ärzten ein scharfer Gegensatz über das Kassensystem und die Forderung der gewährten Leistungen. Die Ärzte, die vornehmlich in dem über Deutschland verbreiteten sogenannten Leipziger Verbands organisiert sind, verlangen die weitgehende Durchführung der freien, bezw. organisiert freien Arztwahl.

Die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften an den sozialdemokratischen Gewerkschaften scharf zu tadeln haben. Das Bestreben der sozialdemokratischen Gewerkschaften geht ja auch dahin, Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen, in denen diese verpflichtet werden, nur Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beschäftigen.

Die Ärzte verlangen des weiteren (und zwar ist das alles niedergelegt in ihren ärztlichen Musterverträgen, die seitdem vom Leipziger Verband genehmigt worden sind) eine unterschiedliche Bezahlung für gewährte ärztliche Leistungen an niedrige bezahlte und höher bezahlte Klassenmitglieder. Auf beide Forderungen können die Kassen nicht eingehen, denn an vielen Orten wäre die freie, bezw. organisiert freie Arztwahl für die Kassen ein Ruin.

### Wie steht es in Deiner Ortsgruppe mit den Vorbereitungen für die Herbstagitatio?

Es ist die höchste Zeit, daß auch Ihr beginnt!

die oberste Verwaltungsbehörde über den Kopf der Kassen einen Vertrag mit den Ärzten schließen, ja, sie mußte es in gewissem Sinne, wenn ohne einen solchen Vertrag die ärztlichen Hilfeleistungen für die Versicherten nicht sicher gestellt wären. Die Reichsversicherungsordnung nun, die die Verträge zwischen Kassen und Ärzten wie bisher der freien Vereinbarung der Beteiligten überläßt, hat in Paragraph 370 Vorkehrung dahin getroffen, daß, falls die Krankenkassen mit den Ärzten keine geeigneten Verträge zu schließen imstande sind, das Oberversicherungsamt auf Antrag die Kassen von der Gewährung der freien ärztlichen Behandlung befreien und dafür den Kassen auferlegen kann, ein entsprechendes höheres Krankengeld zu gewähren.

So begründenswert dieser Paragraph 370 im Interesse der Kassen ist, so ist doch seine Anwendung nur im Notfall empfehlenswert, denn wichtiger wie eine Barleistung ist für den Krankenversicherer die freie ärztliche Behandlung. Jeder, dem es einseitig an dem Frieden zwischen Kassen und Ärzten gelegen ist und andererseits den sozialen Fortschritt der freien ärztlichen Behandlung möglichst angewandt sehen will, drängt deshalb auf eine Einigung zwischen Kassen und Ärzten.

1. gegen den Abschluß von Monopolverträgen des Leipziger Verbandes mit den Krankenkassen;
2. gegen den Ausschluß einer anderen Ärzteorganisation von den Einigungsverhandlungen.

Wenn die nichtsozialdemokratischen Organisationen sich in dieser Beziehung nicht entscheiden gegen den Leipziger Verband wenden würden, dann würden sie sich selbst aufgeben. Doch zurück zu den geschiederten Bemühungen

des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern. Er hat auf den Beschluß des ersten Kongresses des nationalen Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen zu Essen (Ruhr) vom 22. bis 24. Juni d. J., der Vorstand dieses Verbandes möge in einem Schreiben den Staatssekretär bitten, nochmals Einigungsverhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen anzubahnen, eine ablehnende Antwort gegeben. Die Gründe dieser Ablehnung können hier nicht erörtert werden, weil sie mehr auf dem Gebiete der behördlichen Aufsicht über die Krankenkassen liegen. Die bayerische Regierung hat nun in der letzten Zeit versucht, eine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten für das Königreich Bayern herbeizuführen. Die bei diesen Verhandlungen beteiligten Ärzte- und Krankenkassenvertreter haben sich denn auch auf einen sogenannten Mustervertrag, der sich auf bestimmte Grundjahre festlegt, geeinigt, vorbehaltlich der Zustimmung der Ärzteverbände und der Krankenkassenverbände. Von beiden Seiten, also von den Ärzten und Krankenkassenverbänden wurde gegen diesen bayerischen Mustervertrag Sturm gelaufen. Den Ärzten, besonders dem Leipziger Verbande, geht er nicht weit genug und den Kassenverbänden geht er hingegen zu weit. Und auch in diesem Falle müssen wir uns auf die Seite der Kassenverbände stellen. Daraus nun den Schluß zu ziehen, daß wir unter allen Umständen jede Haltung der Krankenkassen gegenüber den Ärzten billigen, wäre grundfalsch. Wir halten vielmehr die Stellung des nationalen Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen für die richtige. Dieser Verband ist weder für die extreme Haltung des sozialdemokratischen Dresdener Ortskrankenkassenverbandes, noch des deutschen Betriebskrankenkassenverbandes, Eis Essen, in der Frage des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten. Dieses Verhältnis kann aber nicht so geregelt werden, daß es den Ruin der Kassen bedeutet; das würde bei dem bayerischen Mustervertrag für die kleineren Kassen ganz sicher der Fall sein. Dann aber auch ist der bayerische Mustervertrag widerspruchsvoll und unklar. Er sieht z. B. ein Schiedsgericht vor, das evtl. über das Arztstimmrecht entscheiden soll, ohne daß dieser Spruch eine Bindung für die Ärzte bedeutet. Für die Krankenkassen würde ein solcher Spruch insoweit eine moralische Bindung bedeuten, als sich kaum ein Oberversicherungsamt finden würde, den Kassen die Anwendung des Paragraphen 370 der Reichsversicherungsordnung zu gestatten, wenn die Kassen sich nicht einem Schiedspruch unterwerfen wollten, der unter der Leitung von Beamten des Oberversicherungsamts gefällt werden ist. Somit wäre eine Krankenkasse bei dem Schiedspruch schlechter gestellt, wie die Ärzte. Zudem nehmen die Ärzteorganisationen auch nicht die geringste Verpflichtung auf sich, ihre Mitglieder zu „zwingen“, nur aber auch die Krankenkassenmitglieder zu behandeln. Wogegen die Krankenkassen natürlich gezwungen sein sollen, jeden Arzt zur Behandlung zuzulassen.

Die Krankenkassen-Hauptverbände Deutschlands, das sind der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden, der Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen, der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen, der Allgem. deutsche Knappheitsverband, Berlin, der Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover, die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin, haben in einer Sitzung am 4. August in München zu dem bayerischen Musterverträge zwischen Ärzten und Kassen Stellung genommen und ihn rundweg abgelehnt. Der Erklärung dieser Verbände, die in den Organen der Verbände veröffentlicht wird, die den einzelnen staatlichen Regierungen zur Kenntnis zugesandt ist und die an die Tagespresse zur Veröffentlichung gesandt wurde, entnehmen wir folgendes:

„Der „Bayerische Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine „Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten in Bayern“ woraus vielfach gefolgert worden ist, daß die Einigung bereits vollzogen sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich hierbei gemäß der ergangenen Einladung lediglich um unverbindliche Besprechungen zwischen Vertretern von bayerischen Ärzten und bayerischen Krankenkassen gehandelt hat. Die Zustimmung der beiderseitigen Verbände, also auch der Krankenkassenverbände, ist bei den Verhandlungen über den vorgelegten Entwurf eines Abkommens ausdrücklich vorbehalten worden. Die beteiligten bayerischen Krankenkassenverbände, soweit sie dazu schon Stellung genommen haben, lehnen das Abkommen in der vorliegenden Form ab. Fremden und unterschiedlichen Widerspruch muß es aber vollends hervorrufen, daß die königliche Bayerische Regierung durch einen Erlaß die Versicherungsämter auffordert, die Krankenkassen, die über den Sachverhalt nicht unterrichtet sein können, zu veranlassen, sich alsbald über die Annahme des Vertrags schlüssig zu machen und ihre Erklärung darüber abzugeben.“

Die Grundzüge der Vereinbarung opfern in den wichtigsten Fragen die Interessen der Kassen den Interessen der Ärzte ohne Gegenleistung. Sie begünstigen ganz einseitig die Forderungen der Ärzte, wie sie vom Leipziger Verband aufgestellt sind. Die Vereinbarung sichert den Kassen trotz aller Opfer nicht einmal die ihnen gesetzlich auferlegte ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Die Verbände der Krankenkassen sind daher außerstande, der Vereinbarung ihre Zustimmung zu geben. Sollten trotz aller Bedenken die in der Einigung niedergelegten Grundzüge auch ohne Zustimmung der Kassen tatsächlich maßgebend werden für die Entscheidungen der Versicherungs- und Verwaltungsbehörden, so müßte die Verantwortung für die verderblichen Folgen für die Versicherten in vollem Umfange der Regierung überlassen bleiben. Eine Zustimmung der Kassen zu den ihren eigenen Ruin bedingenden Abmachungen kann nicht erfolgen.“

Wir haben geglaubt, unsern Lesern diese Uebersicht über den Stand der Arztfrage in Deutschland geben zu müssen. Das war vor allen Dingen nötig, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß bei den kommenden Krankenkassenwahlen die Arztfrage eine Rolle spielen wird. Es ist ja so blendend, von dem Arzte des Vertrauens, der bei der freien Arztwahl gegeben werden soll, zu reden und mancher könnte darauf hereinfallen, der nicht weiß, daß dieser Arzt des Vertrauens bezahlt werden muß von den Beiträgen der Mitglieder selbst. Es ist deshalb höchst töricht, wenn Herr Anton Erkelenz, früher Angestellter der Reichs-Deutschen Gewerksvereine, jetzt der Inspirator des politisch-liberalen (freiwirtschaftlichen) deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbandes, in seiner Zeitschrift „Die Wacht“ vom Klassenliberalismus redet, von der Verdrängung der Kassenvorstände und Kassenbeamten, die den Mitgliedern den Rest des Vertrauens nicht geben wollten. Wir

sind auch nicht grundsätzlich Gegner der freien Kräftewahl, im Gegenteil, wir sehen sie gerne da, wo die Leistungsfähigkeit der Massen dabei nicht aufs Spiel gesetzt wird.

Allgemeine Rundschau.

Unterstützung bei militärischen Übungen.

Alljährlich zur Zeit wenn der Hase über die „meisten Säcker“ läuft, finden die großen militärischen Übungen statt, wozu sehr viele „Mannschaften des Wehrdienststandes“ (Reservisten) einbezogen werden.

Nach dem Gesetz vom 10. Mai 1892 erhalten die Familien der aus der Reserve, Land- oder Seeweehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen (man muß es also beantragen) aus öffentlichen Mitteln Unterstützung, die jedoch als Armenunterstützung nicht anzusehen ist.

- a) für die Ehefrau 30 Prozent des ortsüblichen Tagelohns erwachsener männlicher Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen;
b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen (Kinder, Eltern, Großeltern, nicht aber uneheliche Kinder) 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohns erwachsener männlicher Arbeiter am Aufenthaltsort des Einberufenen mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 1) Prozent des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen darf.

Der Anspruch auf Unterstützung ist von dem Einberufenen oder von derjenigen Person, welcher in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie obliegt, anzumelden.

4. Verbandstag des Deutschen Rad- und Motorfahrer-Verbandes Concordia.

Zum erstenmal seit den 4 Jahren seines Bestehens hat der auf christlich-vaterländischem Boden stehende Deutsche Rad- und Motorfahrerverband Concordia seinen Verbandstag außerhalb der weißbäuerischen Pfähle und zwar in Freiburg (Baden) gehalten.

Am Montag fanden die Verhandlungen statt. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Mitgliederzahl in der Berichtszeit 1912/13 um mehr als 10 000, die Ortsgruppenzahl um 430 und das Verbandsvermögen in den 11 Monaten 1912/13 um 9858 Mark vermehrt.

„Es gilt noch unsere Stellungnahme zu den christlichen Gewerkschaften festzuhalten. Wir wollen dieselben ebenso unterstützen und fördern, mit ihnen ebenso gemeinsam arbeiten und vorwärts gehen wie mit dem katholischen Volksverein und den übrigen konfessionellen Vereinigungen.“

Der Verbandstag erbrachte den Beweis, daß der Deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“, sich in der kurzen Zeit seines Bestehens eine achtunggebietende Stellung erworben hat.

„Sitz Berlin“ und die Gelben.

In dem gelben Hauptorgan „Der Bund“ (Nr. 33, 1913) findet sich folgende vielgelobte Briefkastennotiz: „N. N. Berlin. Zu einer Ueberhebung der katholischen Fachabteilungen über die Gelben ist kein Anlaß.“

ten Kreisen vor Augen zu führen, verweisen wir auf unseren heutigen Leitartikel, den wir wortgetreu dem „Arbeiter“, dem Organ der katholischen Arbeitervereine entnehmen konnten.

Dieser Kennzeichnung der Jugendgemeinschaft zwischen Berliner Fachabteilungen und gelben Werkvereinen braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Wie die „Gelben“ Arbeiterinteressen vertreten.

Es ist von bedeutenden Nationalökonomien schon des öfteren darauf hingewiesen worden, daß die sogenannten „wirtschaftsrechtlichen“ Werkvereine als eine Interessensvertretung der Arbeiter nicht angesehen werden können, weil diese, mit Unternehmerhilfe und mit Unternehmerngeld gegründeten Vereine, auf jede Selbstständigkeit verzichten und nur auf die Gnadenbrot, auf Almosen der Unternehmer hoffen.

Gelegentlich des Bezirksfestes der Gelben von Essen und Umgebungs in Karnab hat der Bezirksvorsitzende M. Schrath u. a. ausgeführt:

„Wir wissen, daß die Unternehmungen sich nicht gleichmäßig rentieren, daß manches Werk zu kämpfen hat. Wir wollen deshalb auch kein entschiedenes Mitbestimmungsrecht über Festsetzung der Arbeitslöhne.“

Diese Rücksichtnahme auf die Unternehmungen ist ja rührend. Aber die Werke, die Werkvereine unterstützen, bedürfen solcher rührenden Rücksichtnahme nicht.

Nicht der freien Entschliebung des Arbeiters soll es überlassen bleiben, sich den gelben Vereinen anzuschließen, sondern der Terror soll sie in die gelben Werkvereine pressen.

„Trotz der großen Erfolge in kurzer Zeit würden die Werkvereine noch schneller vorwärtskommen, wenn nicht zwei Uebel beständen, — nämlich der Name, die „Gelben“, der von sogenannten Gelehrten und deutschen Arbeitern nach falschem französischem Vorbild angehängt sei, und der immer noch zutage tretende Widerstand vor verschiedenen Werksbeamten.“

Hiermit fordert M. Schrath die Unternehmer und Werksleiter auf, unter Anwendung von Terror zunächst die Werksbeamten zu willenslosen Werkzeugen der Gelbenführer zu degradieren, damit dieselben dann die von ihnen abhängigen Arbeiter mit Zuckersüßem oder mit der Hungerpeitsche in die gelben Werkvereine hineinschleppen können.

Nur noch mehr solcher gelben Verbandsfeste, dann werden der Arbeiterschaft die Augen schon aufgehen.

Herr Sassenbach

von der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands am kürzlich durch Italien und redete. Er sprach von der Gewerkschaftsbewegung, ihrem Zweck, ihrem Aufbau und konnte an den christlichen Gewerkschaften selbstverständlich nicht kluglos vorbeigehen.

„Eretzlicher Weise kann man heute sagen, daß die christlichen Organisationen eine Entwertung genommen haben, die von derjenigen, die ihre Führer erhofften, abweicht.“

Bei den Ausführungen Sassenbachs über die Entstehungsursachen der christlichen Gewerkschaften scheint „Spezialist“ Erdmann Laupate gewesen zu sein.

Die christlichen Gewerkschaften wurden begründet, nicht um eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, sondern um den christlich geprägten Arbeitern eine wirtschaftliche Interessensvertretung zu schaffen, die ihnen in der mit der Sozialdemokratie verdrängten „freien“ Gewerkschaftsbewegung nicht möglich war, wenn sie ihre religiöse und vaterländische Gesinnung wahren wollten.

gewerkschaftliche Tätigkeit entwickelten, wird man festhalten, zumal diese Aeußerung im schroffen Gegensatz zu dem sonst wichtigen sozialdemokratischen Gehärd ihrer angebliche christliche „Arbeitervertreter“ und „Streikbrecher“ steht.

Sozialdemokratischer Streikbruch

Zwischen dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband und dem Porzellanarbeiterverband, der ebenfalls rote Couleur trägt, kam es bei einem Streik in Grönstadt zu ernstlichen Differenzen.

Der rote Fabrikarbeiterverband wird in Grönstadt (an anderen Orten unserer Industrie auch) vom Unternehmer gehätselt und gepflegt, weil der Unternehmer für die Zersplitterungsarbeit, die der Fabrikarbeiterverband betreibt, volles Verständnis hat.

bei dem Unternehmer und betreibt Streikbruch. Dieselben Sozialdemokraten erbeiften sich, über angeblichen aber nicht vorhandenen christlichen Streikbruch zu schwindeln.

Aus Wirtschaft und Technik. Geschäftsergebnisse

Das Hasper Eisen- und Stahlwerk erzielte einen Rohgewinn von 3 897 432 Mark. Davon sollen für Abschreibungen verwandt werden 1 362 478 Mark, bleibt ein Reingewinn von 2 534 953 Mark.

Das Stahlwerk Veder in Willistal verzeichnet nach 895 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 1 471 000 Mark, davon wurden 720 000 Mark als zwölfeinhalb Prozent Dividende verteilt und für Lantienmen sind 187 000 Mark ausgeworfen.

Das Annener Gußstahlwerk erzielte einen Gewinn von 574 000 Mark nach Abschreibungen von 172 940 Mark sollen neun Prozent Dividende verteilt werden.

Das Megener Walzwerk verzeichnet einen Rohgewinn von 423 000 Mark, nach 95 000 Mark Abschreibungen gelangen 12 Prozent Dividende zur Verteilung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Dinklage. Bei der Firma Holtzhaus war es im vergangenen Jahre den gemeinsamen Bemühungen der in den Zentralverbänden christlicher Metall- und Holzarbeiter organisierten Arbeiterschaft und deren Vertreter gelungen, namhafte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Die Dinklager christlich organisierte Arbeiterschaft dachte nächstern genug, und gab das mühsam Errungene nicht preis. Eine allgemeine Mitgliederversammlung der beteiligten Verbände lehnte einen Antrag auf Kündigung des Vertrages ab, nachdem unser Bezirksleiter K. Dohler und Bezirksleiter, Kollege Böhmke vom christlichen Holzarbeiterverband über die mit der Dinklager geführten Verhandlungen berichtet hatten.

Die Dinklager christlich organisierte Arbeiterschaft dachte nächstern genug, und gab das mühsam Errungene nicht preis. Eine allgemeine Mitgliederversammlung der beteiligten Verbände lehnte einen Antrag auf Kündigung des Vertrages ab, nachdem unser Bezirksleiter K. Dohler und Bezirksleiter, Kollege Böhmke vom christlichen Holzarbeiterverband über die mit der Dinklager geführten Verhandlungen berichtet hatten.

Die Dinklager christlich organisierte Arbeiterschaft dachte nächstern genug, und gab das mühsam Errungene nicht preis. Eine allgemeine Mitgliederversammlung der beteiligten Verbände lehnte einen Antrag auf Kündigung des Vertrages ab, nachdem unser Bezirksleiter K. Dohler und Bezirksleiter, Kollege Böhmke vom christlichen Holzarbeiterverband über die mit der Dinklager geführten Verhandlungen berichtet hatten.

Arbeiterausschusses aufgestellt. Der Herr Direktor verpflichtete sich, die übrigen Akkordlöhne nicht zu verschlechtern. Auch der Absatz 1 des Paragraphen 3 bleibt bestehen. Den hatte sich die Direktion ebenfalls weggedacht. Das Zweibanksystem in der Dreherei bleibt unberührt. Ferner wurde auf unseren Einspruch hin die Kündigung eines Schlossers zurückgenommen. Auch die Strafbestimmungen und ihre seitliche einseitige Handhabung zu Gunsten einzelner ver sprach die Direktion zu revidieren. Daß auf Grund dieses Erfolges eine Kündigung des Tarifvertrages allgemein nicht mehr beliebt wurde, ist zu verstehen und gereicht den Dinklagern Arbeitern der Firma Holtzhaus nur zur Ehre, Einige Heißsporne wollten allerdings mit dem Kopf durch die Wand. Doch diese müssen sich gelagert sein lassen, daß mit rein persönlichen Antipathien Lohnbewegungen nicht zu führen sind. Wägen sie sich auch merken, daß die wirtschaftlichen Erscheinungen im übrigen deutschen Vaterland nicht unerheblich sind für die Verhältnisse in Dinklage.

Kollegen von Dinklage! Gebt euch keiner Täuschung hin. Haltet an den bisher Errungenen fest und baut euer Organisationsgebäude noch fester aus als es jetzt ist. Nur dann werdet ihr allen kommenden Stürmen trotzen können.

**Schwelm.** Auf dem hiesigen Emailierwerk „Rhenania“ wurden im Laufe der letzten Woche ca. 120 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Sie weigerten sich nämlich Streikarbeit zu machen für das Düsseldorf-Schmelzwerk, wo bekanntlich die Arbeiter schon seit Wochen wegen Lohnverschlechterung im Streit stehen. Da die Direktion an dem einstimmig gemeldeten Resultate der Abstimmung über die Streikarbeit zweifelte, belief sie jeden Arbeiter einzeln zu sich und verlangte von ihm eine Erklärung, ob er die Streikarbeit machen wolle. Aber auch bei dieser Methode blieb die überwiegende Mehrheit standhaft und erklärte, ihren kämpfenden Dinklager Kollegen nicht in den Rücken fallen zu wollen. Daraufhin wurden diejenigen Arbeiter, welche die Streikarbeit ablehnten, nicht wie sonst üblich entlassen, sondern auf unbestimmte Zeit „beurlaubt“, mit dem Hinweis, daß sie nach Ablauf einiger Wochen wieder anfragen sollten. Gegen den unbedingten „Urlaub“ hätte die Arbeitererschaft nichts einzumenden, wenn die Firma den Lohn fortlaufend ausbezahlt. Ob letztere sich der Tragweite ihres Handelns bewußt war, bezweifeln wir. Auffallende Weise wurden nicht alle Streikarbeitverweigerer „beurlaubt“. Die Streikarbeit läßt man jetzt durch die Meister und solche, die auf Meistern posten reflektieren, machen; es könnte sonst der Fall eintreten, daß man die gesamte Arbeitererschaft in „Urlaub“ schicken müßte. Die Firma ist wohl der Ansicht, daß sie damit die Differenzen beseitigt habe. Sache der Arbeiter muß es nun sein, die Absichten der Firma zu durchkreuzen. Leider war bisher der größte Teil der Arbeitererschaft unorganisiert. Man hielt die Organisation für überflüssig. Die „Ueberflüssigen“ würden aber durch den bisherigen Verlauf der Bewegung eines besseren belehrt. Selbst solche die schon halb in den Reihen der „Gelben“ verstrickt waren (Die Firma versuchte in den letzten Wochen wiederholt vergeblich einen Werkverein zu gründen, D. A.), wachen die Augen auf und erkennen, daß bei dem gelben Friedensprogramm die Interessen der Arbeitererschaft entschieden zu kurz kommen. Die Arbeitererschaft der „Rhenania“ wie auch die übrige Arbeitererschaft Schwelms muß jetzt durch Masseneintritt in die Organisation zeigen, daß sie von der in letzter Zeit eifrig propagierten „gelben“ Bewegung nichts wissen will.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Düsseldorf.** Auf dem Emailierwerk Rhenania stehen die Arbeiter im Streit.

**Hamburg.** Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streit.

**Düsseldorf.** Die Former und Gleisereiarbeiter des Stahlwerks Krieger, Oberkassel, Hansaallee, haben einstimmig die Betriebsperre über das Werk verhängt. Der Grund dieser Maßnahme ist in Akkordabzügen von 5 bis 24 Mark zu suchen.

**Düsseldorf.** Die Baulempner stehen im Streit. **Gelsenkirchen-Schulte.** Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böker & Comp., stehen die Drahtzieher des Fein- und Mehrfachzuges wegen Akkorddifferenzen in Kündigung.

**Schwelm.** Bei dem Emailierwerk „Rhenania“ sind die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Verweigerung von Streikarbeit ausgesperrt.

**Crefeld.** Bei der Dampfessel- und Apparaten-Bau-Anstalt Koerver & Lerch stehen die Kesselschmiede wegen Akkordabzügen in Kündigung.

**Freudenberg i. Baden.** Die Firma Gaaman hat ihre Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt.

Zugzug ist fernzuhalten.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 31. August, der sechsendreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. August bis 7. September 1913 fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Duisburg-Verwaltungsstelle.** Ur eine planmäßige Herbstagitation einzuleiten, hielt unsere Verwaltungsstelle am Sonntag den 17. August eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung ab. Zahlreich waren die Kollegen der Einladung gefolgt. Ueber die gegenwärtige Situation in unserer Verwaltungsstelle referierte Kollege Burgard.

Obwohl die Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Organisation im 2. Quartal nicht die besten waren, wurde doch mit Nachdruck die Werbearbeit betrieben. Das Resultat waren 191 Neuaufnahmen und Uebertritte. Der Mitgliedsbeitrag betrug 60. Die Ortsgruppen Saar, Hamborn und Buchholz weisen einen Rückgang von 53 Mitgliedern auf. Hätte die Mitgliedsbewegung in allen Zahlstellen dieselbe Gleichmäßigkeit wie im 1. Quartal gehabt, dann würde der Zuwachs mindestens 120 betragen. Auch in der Zahl der verkauften Beitragsmarken tritt der Fortschritt in die Erscheinung. Gegenüber dem 1. Quartal dieses Jahres wurden 1377 Marken mehr verkauft. Die durchschnittliche Beitragsleistung betrug 12,2 Mark. Weniger wie 12 Mark hatten die Ortsgruppen Rheinhausen (11,00), Hamborn (11,00) und Obermeiderich (11,5). Obwohl allgemein in der Beitragsleistung eine Besserung eingetreten ist, sind doch noch erhebliche Rückstände zu verzeichnen. Ende Juli waren 1452 Beitragsmarken rückständig. Folgende Zahlstellen hatten pro Mitglied mehr wie eine Beitragsmarke Rückstand: Duisburg (1,2), Beek (1,5), Hamborn (1,2), Saar (1,1), Homberg (1,5), Obermeiderich (1,7), Neudorf (1,2), und Wankheimerort (1,5).

Einige Vertrauensmänner rechnen immer noch nicht bis zum 2. jeden Monats ab. Dadurch wird der Verwaltung die Arbeit unnötig erschwert.

Die am ersten Juli durchgeführte Beitragsverhöhung hat die von manchen Kollegen befürchtete Erschütterung unseres Mitgliederbestandes nicht gebracht. Einige Ortsgruppen verzeichnen im Monat Juli noch eine Steigerung der Mitgliedszahl. Als ganzes betrachtet, bedingt die Mitgliedsentwicklung in der ersten Hälfte des 3. Quartals nicht vollständige. Besonders hat die Zahl der Neuaufnahmen nicht die gewohnte Höhe erreicht. Die Ortsgruppen Beek, Saar, Meiderich und Buchholz hatten bis Mitte August keine einzige Neuaufnahme zu verzeichnen. Die Mitglieder der genannten Zahlstellen müssen sich die Frage vorlegen, ob sie mit der notwendigen Hingebung die Werbearbeit betrieben haben. Die Neuorientierung der Wirtschaftslage wird uns vor schwierige Aufgaben stellen. Insbesondere werden die Agitationsmöglichkeiten größer. Manchem Arbeiter, der bisher in dem Wahn hingelebt hat, als könne er dauernd eine Ueberfrucht nach der anderen reifen, werden die Unternehmer durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Notwendigkeit der Organisation vor demonstrieren. Den Ausführungen des Kollegen Burgard schloß sich eine lebhaft ausgeprägte, in der besonders das agitatorische Moment im Vordergrund stand.

Hierauf hielt Kollege Piffel ein Referat: „Was muß zur Vorbereitung der diesjährigen Herbstagitation geschehen?“ Neben beleuchtete die Werbmöglichkeiten in unserer Verwaltungsstelle u. entwickelte einen Plan, wonach sich die Vorbereitungen der Herbstagitation in allen Zahlstellen vollziehen müssen. Beschlossen wurde, im September in jeder Zahlstelle mindestens einmal Hausagitation zu betreiben. Das Resultat wird nach Ortsgruppen geordnet im Verbandsorgan bekannt gegeben.

Das Schlusswort sprach unser Bezirksleiter Kollege Hirtler, der den Vorlesungen betrauerte. Er forderte die Kollegen auf, wie bisher, so auch in der Zukunft für die Organisation zu arbeiten. Das Resultat der diesjährigen Herbstagitation müsse die vorjährigen Erfolge überreffen. Besonders betonte der Redner, daß auch im hiesigen Bezirk der Zeitpunkt komme, wo große Massen der Organisation beitreten würden. Nach einigen kurzen Bemerkungen des Vorsitzenden wurde die Konferenz, in der bedeutungsvolle Arbeit geleistet wurde, geschlossen. Mit Begeisterung gingen die Kollegen auseinander.

Jetzt Kollegen von Groß-Duisburg: „Auf zur Tat!“

**Amberg.** Am Sonntag, den 17. August fand im goldenen Ritter eine Konferenz unserer Verwaltungsstelle Amberg statt, die sehr zahlreich von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern besucht war. Zweck derselben war eine gemeinsame Ausdrucks über den Stand der Bewegung und die zu leistende Arbeit im kommenden Herbst. Kollege Heilig be sprach den ersten Teil.

Durch unermüdbliche Arbeit aller an der Spitze der Bewegung stehenden hat die Vorwärtsbewegung unserer Gruppe angehalten. Im ersten halben Jahre 1913 ist die Mitgliedszahl um 148 gestiegen. In der Verwaltungsstelle sind jetzt über 900 Mitglieder vereinigt. Damit sind wir die stärkste Verwaltungsstelle unseres Verbandes in Bayern geworden. Gleichzeitig haben sich auch die Massenverhältnisse gebessert. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme im ersten halben Jahre von 9564,70 Mk. und eine Ausgabe von 4427,26 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme in der gleichen Zeit von 4051,19 Mk. und eine Ausgabe von 2416,85 Mk. Von den Ausgaben der Hauptkasse entfallen fast 3500 Mk. auf Unterhaltungen. Besonders stark hat in den letzten Monaten die Arbeitslosigkeit eingegriffen. Das hatte zur Folge, daß die Arbeitslosenunterstützung ganz bedeutend in die Höhe ging. Es zeigt sich hier wiederum, daß die Folgen der schlechten Zeit zum größten Teil auf die Arbeiter abgewälzt werden. Arbeitslosigkeit, geringer Verdienst usw. sind immer Folgen von schlechter Konjunktur. Glücklicherweise, der es verstanden hat, in der guten Zeit den schließenden Dafen der Organisation aufzubauen: Die meisten der arbeitslosen Kollegen konnten nach kürzerer oder längerer Zeit wieder in andere Arbeit gebracht werden. Die Arbeit ist natürlich auch auf dem Büro größer geworden. Eine Reihe Kollegen arbeiten aber freiwillig mit, so daß bisher alles flott von statten ging. Redner geht dann auf eine Reihe von Bewegungen ein, die in der letzten Zeit spielten. Zahlenmäßige Nachweise werden am Schluß des Jahres von der Zentrale zusammen gestellt und heraus gegeben. Ein großes Hemmnis in der Fortwärtsentwicklung der Verhältnisse der Metallarbeiter bilden die gelben Werkvereine am Ort und in der Umgebung. Es liegt das so offen zu Tage, daß ein näherer Nachweis nicht notwendig ist. Dies darf aber die Kollegen in ihrer Arbeit nicht hindern, sondern nur so weiter und wir werden zum Ziele kommen. Die Diskussion war sehr lebhaft. Ein Kollege beschäftigte sich ganz besonders mit Agitationsfragen, während ein anderer den Massenrevisionsbericht erstattete.

Zum zweiten Teile sprach Kollege Konrad. Nürnberg, über die Arbeiten im kommenden Herbst. Alle Jahre haben wir es uns angelegen sein lassen, für unsere Staatsarbeiter an die maßgebenden Faktoren mit einer Petition heranzutreten. Die Verhältnisse zwingen uns auch in diesem Jahre, dasselbe zu tun. Eine Petition wird sich mit den wirtschaftlichen, eine andere mit den Knappheitsfragen zu befassen haben. Im letzten Jahre sprang eine Lohnverhöhung von 20 Pfg. pro Tag für unsere Kollegen heraus. Auch in diesem Jahre muß versucht werden, etwas heraus zu holen. Die Regierung beabsichtigt eine Novelle zum Knappheitsgesetz heraus zu geben. An uns liegt es, zu verhindern, daß dabei Verbesserungen für die Arbeiter der Staatsbetriebe erzielt werden. Auch für die Militärarbeiter wollen wir in diesem Jahre eine Petition einreichen. Natürlich ist diese vernünftiger anzufassen, als es der Reichsverband macht. Derselbe verlangte bekanntlich in seiner letzten Petition eine Lohnüberhöhung für alle Arbeiter von 15 Prozent. Für Arbeiter, die 6 bis 7-Mark verdienen, war mithin eine Erhöhung von 1 Mk. pro Tag und mehr verlangt worden.

Anderer, die nur drei Mark verdienen, würden 45 Pfg. erhalten. Daß man solche Leute nicht ernst nimmt, beweist die Vergangenheit des Reichsverbandes. Daher kommt es, daß der betreffende Verband für seine Mitglieder bis heute nichts erzielt hat. Mit einer Stillfasse kann man eben keine wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. Wir müssen in unermesslichen Maß und Ziel halten, nur dann werden wir ernst genommen. In der Diskussion zeigte sich volle Einigkeit über die angeführten Punkte des Referenten. In seinem Schlusswort betonte der Leiter der Verhandlungen, daß wir mit dem heutigen Tage einen weiteren Schritt vorwärts gemacht haben. Jetzt gelte es, das Gefagte zu beherzigen, dann werden wir bei der nächsten Zusammenkunft auch wieder mit großer Befriedigung auf die geleistete Arbeit zurückblicken können, zum Wohle der Arbeiter und deren Familien.

**Dudweiler.** (Saarrevier). Der Artikel in Nr. 33 unseres Verbandsorgans, betitelt: „Der Anteil der Zechenmetallarbeiter des Saarreviers an der Hochkonjunktur“, hat allen aufrechten Kollegen aus der Seele gesprochen. Reizend aber trifft es im allgemeinen zu, wie in dem Artikel gefagt wird, daß in der Werkstätte der Grube Dudweiler auskömmliche Löhne bezahlt würden. Doch ein Vorbehalt ist auch hier noch zu machen, und zwar der, daß nicht alle Arbeiter, trotz gleicher Leistung, an den guten Löhnen beteiligt sind. Wenn auch hinter die Großverbreiten mancher Arbeiter, sie könnten Bedinge machen, wie sie wollten, ein Fragezeichen zu setzen ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Lohnverhältnisse sehr ungleichmäßig sind. Monatslöhne bis zu 190 Mk. stehen sehr geringe Löhne gegenüber. Hierin ist eine Aenderung bringend nötig. Das kann nicht geschehen durch Liebedienerei und gegenseitiges Bespöden, sondern nur durch aufrechte Standsarbeit in der Organisation, im christlichen Metallarbeiterverband, unter dem Motto: „Ein für alle, alle für einen.“

**Pforzheim.** Eigentümliche Maßnahmen der Behörden werden zurzeit in Pforzheim gegenüber der christlichen Arbeiterbewegung in Anwendung gebracht. Kollege Lauer Kuhn in Pforzheim wurde dieses Frühjahr vom Großh. Bezirksamt mit einer Geldstrafe von 2 Mark bestraft, weil er sich weigerte, die StraÙe vom Leopoldplatz bis zur Dammstraße von den Flugblättern zu reinigen, oder reinigen zu lassen, die nach dem Flugblattverteilen von einer Anzahl Empfänger wegwerfen wurden.“ Kollege Kuhn weigerte sich deswegen, die StraÙe zu zahlen, weil im Laufe der Jahre von den vertriebenen Organisationsrichtungen, Geschäftsleuten und Kinobesitzern in Pforzheims StraÙen laufende von Flugblätter verteilt werden, von denen jeweils immer ein Teil sofort wieder auf die StraÙe geworfen wurde, ohne daß deswegen eingegriffen wurde. Durch die Nichtbezahlung der StraÙe hatte sich das Pforzheimer Schöffengericht mit der Sache zu befassen.

Das Schöffengericht stellte fest, daß Kuhn nicht für die von den Abnehmern wegwerfenen Flugblätter verantwortlich gemacht werden könne. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wies darauf hin, daß der Schuhmann Roth, der die Anzeige machte, u. a. unter Eid behauptet habe: Der Wind habe vom Arme Kuhn's während des Verteilens auch 4-6 Flugblätter auf die StraÙe geweht, die er nicht alle wieder aufgehoben hätte, das sei eine Uebertretung des Paragraphen 7 der ortspolizeilichen Vorschrift und er beantrage deshalb, die StraÙe in ihrer ursprünglichen Höhe zu belassen. Das Schöffengericht erklärte das „Vergehen“ Kuhn's für ein kleines und erkannte auf eine Geldstrafe von einer Reichsmark.

Auffallend ist, daß wegen einer solchen Kleinigkeit überhaupt eine StraÙe verhängt wurde. Die Staatsanwaltschaft hat im vorigen Jahre folgendes festgestellt: Zwei christlich organisierte Maurer wurden den ganzen Sommer durch den sozialdemokratischen Terror von Baustelle zu Baustelle gejagt, gestochen und geschlagen und durch Arbeitsniederlegung der sozialdemokratisch organisierten Maurer immer wieder hartlos gemacht, weil sie nicht in den sozialdemokratischen Verband übertreten wollten. Sie muhten Pforzheim endlich verlassen und gastfreundlichere Gegenden aufsuchen. Trotzdem die Staatsanwaltschaft dies feststellte, sah sie darin keine strafbare Handlung! Wenn aber 4-6 Flugblätter auf die StraÙe fliegen und angeblich nicht aufgehoben werden, so ist das ein strafbares Vergehen.

Wären wir der Meinung, daß das Vergehen hinsichtlich des Flugblattverteilens auf das Konto eines Uebereifrigen zu setzen sei, so haben wir uns darin geirrt. Am 17. Mai wurden mit bezirksamtlicher Erlaubnis wieder Flugblätter verteilt. Doch ein Schuhmann nahm einen der Verteiler mit auf die Wache und beschlagnahmte die Flugblätter und einem anderen verbot er das weitere Verteilen.

Eine diesbezügliche Anfrage beim Großh. Bezirksamt wurde folgendermaßen beantwortet:

„Wegen Verunreinigung der StraÙe (§ 7 der ortspolizeilichen Vorschrift) macht sich nach unserer Auffassung und Handhabung nicht nur der strafbar, welcher Flugblätter und dergleichen wegwirft, sondern auch der, welcher Flugblätter verteilt, in allen Fällen, wo er sieht, oder annehmen muß, daß erstere von den Empfängern alsbald wieder wegwerfen werden.“

Der Schuhmann ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, ein an sich auch erlaubtes Verteilen von Flugblättern zu verhindern, wenn er wahrnimmt, daß durch das Verteilen eine Verunreinigung der StraÙen verursacht wird, da es Aufgabe der Polizei ist, ordnungswidrige Zustände zu beseitigen und deren Entziehung oder Fortsetzung zu verhindern. (Paragraph 30 P. St.-G.-B.)“

Also erst erlaubt das Bezirksamt das Flugblattverteilen und dann kann der nächste beste Schuhmann dasselbe verbieten, wenn er glaubt, daß dadurch die StraÙe verunreinigt wird. — Gestraft wird nicht derjenige, der die Flugblätter wegwirft, sondern der, der sie mit bezirksamtlicher Erlaubnis verteilt, weil der Schuhmann, wie Figura zeigt, nur den Verteiler zur Anzeige bringt. — Wir sind der Meinung, daß diese Handhabung dann aber auch auf andere Korporationen, Institute und Geschäftsleute angewendet werden muß. Welche Chancen öffnen sich da nicht für angezeigte Schulkinder, wenn sie z. B. nicht nur die Goldschmiedsliste, die eben auf dem Leopoldplatz in Gemütsruhe tagtäglich ihre Wurzeln aus dem Papier verzehren und dann meistens sorglos das betreffende Papier auf die StraÙe fallen lassen, zur Anzeige bringen können, sondern auch die Weggermeister.

die ihnen das Papier gegeben haben und deren Namen ja meistens aus Necknamen auf dem Einwickelpapier aufgedruckt ist.

Es ist ganz unbedenklich, daß eine solche Handhabung aufrechterhalten werden kann. Warum tut man nicht das Nächstliegende und schreibt einfach denjenigen auf, der Flugblätter und sonst etwas auf die Straße wirft? Dann wäre bald keine Verunreinigung auch beim Flugblätter-Verteilen mehr zu befürchten.

Stuttgart. Die Christlich-Demokratischen Gewerksvereine - im Arbeitermunde auch Berliner Krankenkasse genannt - versuchen gegenwärtig, sich bei der Arbeiterschaft in empfindliche Erinnerung zu bringen. In Stuttgart lassen sie ein Flugblatt: „Links, rechts oder gerade aus?“ verteilt verteilen. In diesem Flugblatt werden u. a. die christl. Gewerkschaften in furchtbarer Weise behandelt. Man versucht, mit den „Sprüchen“ der Berliner Fachabteilungen die christlichen Gewerkschaften als nicht unabhängig darzustellen und verzapft angebliche kirchliche Lehren, die den Arbeitern verbieten sollen, sich an einem Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Das ist eine Behauptung, für die der Schreiber den Beweis schuldig bleibt und die schon an und für sich eine Bekämpfung kirchlicher Lehren ist, wodurch die angegriffene Christlich-Demokratische Neutralität eine treffende Bezeichnung erfährt. Dabei preist sich der Flugblatt-Schreiber noch als „treuer Katholik“ an.

In Sachen der christlichen Gewerkschaften widerlegt sich aber der Christlich-Demokratische „Sachverständige“ selbst, indem er schreibt: „Wollten die christl. Gewerkschaften hier den Sprüchen der „Berliner“ folgen, so müßten sie auf das Niveau der Fachabteilungen herabsinken.“ Die christlichen Gewerkschaften sinken aber nicht auf das Niveau der Berliner Fachabteilungen herab. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre wirtschaftliche Selbständigkeit niemals aufgegeben. Sie sind in Wahrheit politisch und religiös neutrale Arbeiterorganisationen, die sich als Aufgabenträger die Hebung der Lage des Arbeiterstandes gestellt und dies auch durch die Tat bewiesen haben. Daß die sog. „Deutschen Gewerksvereine“ politisch und religiös nicht neutral sind, ihnen also die Grundlage zu einer reinen Wirtschaftsorganisation fehlt, zeigt, von vielen anderen Tatsachen abgesehen, schon die Lesüre des Flugblattes. Zur Charakterisierung der Christlich-Demokratischen Kampfesweise, welche die christlichen Gewerkschaften jetzt als kirchlich abhängig darstellen will, verdient hervorgehoben zu werden, daß dieselben Leute noch vor einigen Monaten durch Berliner Blätter den Versuch machten, die christlichen Gewerkschaften sogar als religionsfeindlich darzustellen. Die Kirche können, wie die Ueberschrift im Flugblatt gut besagt: „Links, rechts, oder gerade aus“ schreiben - wie es in der Christlich-Demokratischen Kampagne. Die Arbeiter haben sofort das neue Christlich-Demokratische „Geistesprodukt“ richtig als „Quatsch“ bezeichnet. In der deutschen Arbeiterbewegung haben die Christlich-Demokratischen Gewerksvereine ob ihrer unzuverlässigen Haltung in den Tageskämpfen ihre Bedeutung verloren. Die nichtsozialdemokratische Arbeitererschaft schließt sich den auf festen Grundstücken stehenden christlich-nationalen Gewerkschaften an, die trotz ihrer Jugend die bald 30 Jahre älteren Christlich-Demokratischen bald um das vierfache überflügelt haben. Die Metallarbeiter aber sollen wissen, daß ihr Platz nur im christlichen Metallarbeiterverband sein kann, der ihre geeignete Standes- und Interessenvertretung ist.

Freundenberg (Baden). In unserm idyllisch am Main zwischen Oberrhein und Speier gelegenen Städtchen hatte im Frühjahr dieses Jahres unter den Metallarbeitern der Organisationsgedanke Fuß gefaßt. Neben der Steinindustrie ist hier nur noch die kleine Wundenfabrik Haumann. Die Arbeiter dieser Fabrik wurden durch die Arbeitsverhältnisse geradezu gezwungen, sich der Organisation anzuschließen. Im Sommer beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden und der Durchschnittslohn 33 Pfg. pro Stunde. (Ein Arbeiter erhält mit 24 Jahren den horrenden Lohn von 1,60 Mk. pro Tag.) Dabei wird eine scharfe Kontrolle geübt, sodaß jede Minute zum äußersten ausgenutzt ist. Die Arbeiter suchten durch Eintritt in den Verband auf eine Besserung ihrer Verhältnisse hinzuwirken. Die Firma empfand den Beitritt zum Christlichen Metallarbeiterverband als Verletzung ihres „Rechts im Hause“-Standpunktes und sie suchte durch allerlei Mittel und Weisen den Verband als überflüssig und sich als den Wohlthäter hinzustellen. Zunächst erhielten alle Arbeiter eine schon längst notwendig gewesene Lohnerhöhung mit dem Hinweis, daß die Firma auch ohne Verband wisse, wann (?) eine Lohnaufbesserung nötig sei. Zugleich sollte dies eine stille Aufforderung sein, dem Verbands den Rücken zu kehren. Leider wurden drei Kollegen, welche sich zuerst zur Organisation gedrängt hatten kopfschüttelnd und traten aus. Sie erklärten zwar schon oft wieder, daß nur durch die Organisation ihre schlechten Verhältnisse gebessert werden könnten, aber sie hatten nicht den Mut, darnach zu handeln, sondern ließen ihren Kollegen in den Rücken. Alle übrigen standen aber fest und selbst Neueingestellte traten dem Verbands bei. Die Kollegen sprachen den Wunsch aus, eine normale zehnstündige Arbeitszeit zu erhalten und unterbreiteten ihren Wunsch Anfangs Juni der Firma. Dieser Wunsch brachte die Firma in Harnisch.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es dem Kollegen Scherer-Offenbach a. M., den Herren begreiflich zu machen, was eigentlich der christliche Metallarbeiterverband für sie wie auch für die Arbeiter bedeute und bezwecke. Obwohl ein festes Resultat nicht erzielt wurde, glaubten wir doch, daß der Wunsch der Arbeiter in kurzer Zeit erfüllt würde. Es kam aber anders. Gleich nach der Abreise des Kollegen Scherer wurde einem Kollegen gefündigt. Die Firma glaubte nämlich, daß dieser der „Wähler“ für die Organisation sei, was aber durchaus nicht zutrifft. Gleichzeitig wurde den anderen Kollegen bedeutet, wer nicht aus dem Verbands ginge, würde auch entlassen. Mit dem „Offenbacher“ wollte man überhaupt nichts zu tun haben. Diese Handlungsweise bewirkte aber nur das Gegenteil von dem, was man wollte; denn die Kollegen hielten jetzt erst recht am Verbands fest. Gleichzeitig schien es geraten, den Einwohnern von Freudenberg Gelegenheit zu bieten, sich Auffklärung über den seitherigen Verlauf der Dinge bei der Firma Haumann zu verschaffen. Eine öffentliche Versammlung für Bürger und Arbeiter wurde auf Sonntag, den 3. August angesetzt mit einem Referat des Kollegen Scherer über das Thema: „Sind die Bestrebungen der Arbeiter in der Metallindustrie von Freudenberg zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse berechtigt, und welche Aufgaben erwachsen

hieraus für Arbeitgeber und Arbeiter?“ Schon die Anlage dieser Versammlung irrtete. Die Firma änderte ihren Kurs. Sie erklärte, eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde geben zu wollen. Wer „pappen“ wolle könne „pappen“, (Markenleben), das heißt, die Zugehörigkeit zum Verbands sei nicht verboten. Man wünsche aber, daß die Versammlung nicht statfinde. Letzteres konnte nicht mehr geändert werden; doch wurde der Firma mitgeteilt, daß der Kollege Scherer vor der Versammlung noch bereit sei, mit ihr gemeinsam die Differenzen beizulegen. Das wurde jedoch abgelehnt und die Versammlung fand unter harter Teilnahme der gesamten Bürgerschaft von Freudenberg statt. Die Firma war durch die 3 Gebrüder Haumann vertreten. Kollege Scherer beantwortete die oben angeführten Fragen und zwar so gründlich, daß selbst die Firmenvertreter damit einverstanden waren. An der Diskussion beteiligten sich auch die Herren Haumann und erklärten nochmals in aller Öffentlichkeit, daß je 2 Pfg. pro Stunde für alle Arbeiter zulegen wollten und wer „pappen“ wolle könne pappen, aber von den 11 Stunden pro Tag könnten sie nicht abgehen. Ein kleiner Handwerksmeister suchte der Versammlung Klar zu machen, daß in Freudenberg, wo alles so billig (?) sei, auch die Arbeiter bei wenig Lohn gut gut 11 Stunden arbeiten könnten. Der Mann stieß aber auf sehr starken Widerspruch, denn es steht fest, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Freudenberg sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wir erinnern hier nur an die Worte, von den Vermittlern der Stadt Freudenberg, die der Großherzoglich Badische Minister von Bodmann am 1. Dezember 1907 anlässlich der Bräunereieinweihung in Freudenberg gesprochen hat. Er sagte u. a.:

„Eine freudige Stimmung erfüllt heute die ganze Stadt, wohl auch die Vermittler in der Stadt, und es gibt hier solche Vermittler, denen geschossen werden soll und muß. Es wird sich niemand der Wehmut erwehren können, der hier in freudiger Tafelrunde sitzt und daran denkt, wieviel Armut auf die ihm schönen Fied Erde vereint ist.“

Die Arbeiter von Freudenberg haben diese Worte noch in Erinnerung und können deshalb auch nicht verstehen, warum ihnen ein solcher Widerstand entgegengeht wird, wenn sie selbst Hand anlegen und mit Hilfe ihrer Organisation diese Armut beseitigen wollen.

Eine einmütig angenommene Resolution sprach den Arbeitern die Sympathie der Bevölkerung aus und forderte sie auf dem Verbands treu zu bleiben. Zugleich wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß die Arbeitgeber den Arbeitern Entgegenkommen zeigen möchten. In einer anschließenden Mitgliederversammlung wurde der Beschluß gefaßt, die 2 Pfg. Lohnerhöhung anzunehmen und vorläufig auf den 10-Stundentag zu verzichten. Maßgebend hierfür war, daß die Arbeiter ihre Wünsche nicht zum Ausgangspunkt eines Kampfes machen wollten. Am Montag, den 4. August wurde eine Arbeiterkommission bei der Firma vorstellig und gab eine Erklärung im Sinne des Beschlusses ab. Herr W. Haumann antwortete: „Gut, dann bleibt alles beim Alten und wer pappen will kann pappen.“ Das wiederholte er auch am Tage nachher einem anderen Kollegen gegenüber. Es herrschte nun allgemein die Auffassung, daß die Differenzen behoben und der Friede zwischen beiden Faktoren gesichert sei. Die Freundschaft aber war nur von kurzer Dauer. Samstag, den 9. August, bei der Anzahlung, erhielten alle organisierten Kollegen ihre Entlassung, ohne daß die Firma die befristete 14tägige Kündigungsfrist einhielt. Herr Haumann, der am Montag vorher gesagt hatte: „Gut es bleibt alles beim Alten“, meinte: „Nach 8 Tagen könnt ihr wieder anfragen, eingeleitet wird aber nur der, welcher aus dem Verbands geht.“ Die ganze Handlungsweise zeigt so recht das wenig soziale Verständnis der Firma. Auch die Firma Haumann darf sich die oben angeführten Worte des Herrn Ministers Bodmann merken und danach handeln.

Eine spätere Rücksprache des Kollegen Scherer mit der Firma war ohne Erfolg, man stellte sich einfach auf den Standpunkt, wir haben keine organisierten Arbeiter mehr, mithin brauchen wir auch nicht zu verhandeln.“ Auch sei es der Firma „schuppe“, ob sie ihre Kundschaft bedienen könne oder nicht usw.

Daß unsere Kollegen unter diesen Umständen den Kampf aufnehmen mußten, ist verständlich. Was aber die Firma mit ihrer Handlungsweise sowohl für sich wie auch für Freudenberg und alle Beteiligten heraufbeschworen, wird die Zukunft erst bringen. Wenn die Arbeiterschaft festhält, dann wird die Stunde kommen, wo die Firma erkennt, daß das Wort „Organisation“ und „Arbeiterinteresse“ kein leeres Schall ist. Sie wird sich dann auch heranziehen, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Tut sie das aber nicht, dann trägt sie allein die Verantwortung für alles, was daraus entsteht. Die Mehrzahl der Kollegen ist ledig und hat sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, abzureisen. Wenn das geschieht, wird die Firma für die Zukunft auf eine geistlose Arbeiterschaft verzichten müssen. Wenn sie heute sagt, wir bekommen andere genug, so ist dies ausgeschlossen, denn kein fremder Kollege fühlt sich zu den dortigen Verhältnissen hingezogen und wird Streikbrecherdienste leisten. Die Sympathien aller denkenden Einwohner von Freudenberg sind auf Seiten der Arbeiter und so werden diese getrost und mit Ruhe den kommenden Tagen entgegensehen. Es liegt ganz in der Hand der Firma, sich vor weiterem Schaden zu bewahren. Hoffentlich wird sie das bald einsehen und das tun, was in diesem Falle allein den Kampf beenden kann, nämlich die Organisation anerkennen. Je eher desto besser für sie.

Literarisches.

Das Landheer. (Staatsbürger-Bibliothek 4. Heft.) 2. Auflage (6. bis 11. Januar). 8° (80) M.-Gladbach, 1913, Volkswirtschafts-Verlag, G. m. b. H., 40 Pfg., postfrei 45 Pfg. Die vorliegende zweite Auflage der Schrift weist gegenüber der ersten infolge einer Änderung an, als hier von der Wiedergabe der formalen Bestimmungen betreffend den Militärdienst abgesehen worden ist und, dem Titel mehr entsprechend, die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über das Landheer sowie dessen Organisation in den Vordergrund der Schilderung gerückt worden sind. Eine breitere Darstellung haben dabei die einzelnen Militärvorgänge der letzten vier Jahrzehnte erfahren, angefangen mit der ersten seit 1870, bis zur unfaßlichsten, der vom Frühjahr 1913. Für die Weiterbildung der letzteren gegenüber den landläufigen Einwendungen der Sozialdemokratie bietet das Kapitel: Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militär, schlagendes Material.

Briefkasten

Nach Stuttgart. Es ist richtig, daß die dortige Rechnung am 11. August kurz vor Redaktionsschluß eingetroffen ist. Die Liste mit den Restanten war schon in Satz gegeben, wodurch in der zweiten Mahnung Stuttgart irrtümlich stehen blieb.

Sterbetafel.

Bielefeld. In der Provinzial-Heilanstalt zu Lengerich starb unser langjähriger Kollege August Möller im Alter von 42 Jahren an einem Nerven- und Gemütsleiden.

Schwelm. Am 19. August verschied unser treuer Kollege Fried. Schirm im Alter von 59 Jahren an Wasserjucken. Infolge eines Schlaganfalles starb am 16. August unser lieber Kollege Bernhart Hufschmid im Alter von 68 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Verlänmt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 30. August.

Bremen. Abends 8.30 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1. Greifeld-Klembner und Installateure. Abends 9 Uhr in der Meldehalle.

Cöln-Kalk. Abends 8.30 Uhr bei Södingberg, Breuerstraße. Dortmund 1 und 2 und Dorfeld. Abends 8.30 Uhr im Saal zum goldenen Löwen, 1. Kampstraße. Kollege Galkowski-Dortm. wird über „Der Berufsarbeiterstreik und seine Begleiterscheinungen“ referieren.

Dortmund-Rauen. Abends 8.30 Uhr im Lokal Langmann, Bismarckstraße.

Duisburg-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Kleine Kattlan, Unter den Ulmen.

Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten, Herrenst. 34a. Neheim 1. Bezirk. Abends 8.30 Uhr im Gesehenshafe.

Neheim 4. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Krutenbaum, Oststraße. Neheim 5. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Brede, Totenberg.

Sonntag, den 31. August.

Bochum-Nebel. Vorm. 11 Uhr bei Schürmann, Hagenerstraße. Greifeld-Neudorf. Morgens 11 Uhr bei Schmitz, Zum Parliamen Düsseldorf-Jugendabteilung. Vorm. 11 Uhr findet im Paulushaus Düsselstraße 33/35 eine dringende wichtige Zusammenkunft der Jugend-Abteilung statt. Gleichzeitig werden die Vertrauensmänner gewählt.

Gelsenkirchen-Schafte. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Schallerstraße. Karlsruhe. Vorm. 10 Uhr Vorstandssitzung im Palmengarten, Herrenstraße 34a.

Neheim 2. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Demmer, Wöhnestraße. Neheim 6. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Wolf, Hochstraße. Neheim-Sundern. Vorm. 11 Uhr bei Pingel.

Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppe zum „Stern“. Ronheim. Morgens 11 Uhr bei Kämpling, Venloerstr. 184. Wallau. Mittags Punkt 2 Uhr 7 jährige Belehungsfeier in Fudersberg bei Weder. Anwärter der Bestreuer. Keiner darf daher fehlen!

Montag, den 1. September.

Duisburg-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Schroer, Oststraße, Vertrauensmännerwahl.

Mittwoch, den 3. September.

Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weinmann.

Donnerstag, den 4. September.

Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.

Freitag, den 5. September.

Magdeburg-Alttadt. Abends 8.30 Uhr Sektionsversammlung der „Union“.

Samstag, den 6. September.

Berlin-Moabit. Bei Waberst, Vogtswaldstr. 36. Cöln-Schreienfeld. Abends 8.30 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.

Greifeld. Abends 8.30 Uhr bei Herkenrath, Klobbahn. Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Gantebrod, Schiffsstr. 7. Gießen. Abends 8.30 Uhr bei Gottfried Schmitz.

Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstr. 3.

Sonntag, den 7. September.

Altenbagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Stelzhaus, Voelkerstr. 1. Bielefeld. Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Friede“ und „Friede“.

Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerverein, Stralauerstr. 63.

Bonn. Morgens 10 Uhr bei Bonn, Wilhelmstraße. Greifeld-Willich. Abends 8 Uhr bei Fricken, Hauptstraße, Versammlung mit Vortrag: Form und Gewerkschaftsbewegung.

Cöln-Wingaff. Morgens 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Düg.

Danzig. Nachm. 3 Uhr im Josephshaus. Danzig-Jugendabteilung. Vorm. 11 Uhr im Josephshaus.

Dortmund-Dornbrud. Nachm. 3 Uhr bei W. Schmittler, Altkönig.

Dortmund-Schwerte. Vorm. 11 Uhr bei Rorber, Generalversammlung.

Duisburg-Neudorf. Morgens 11 Uhr bei Schroer, Oststraße. Duisburg-Laar. Vorm. 11 Uhr bei Janion, Kaiserstraße.

Gelsenkirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr im Rührkalkrestaurant, Bochumerstraße.

Gelsenkirchen-Gladbeck. Nachm. 4 Uhr bei Korpohl. Hagen. Sonntag, den 7. September in den Lokitäten der „Friedrichshof“ Gewerkschaftsfeier. Es ist Ehrenpflicht der Metallarbeiter, vollständig am Festtag teilzunehmen.

Hamborn. Nachm. 3 Uhr im Kolpingshaus, Disterweg. Karlsruhe-Ettlingen. Vorm. 10 Uhr Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung im „Wilden Mann“.

Nord-Weich. Nachm. 5 Uhr bei Demmer in Weich. Rath-Neumarkt. Morgens 10.30 Uhr bei Kretz.

Schaffsmühle. Nachm. 5 Uhr bei W. Redder, Galverstraße. Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße.

Siegburg. Morgens 10.30 Uhr im Menoviten, Kronprinzenstraße. Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerstraße.

Dienstag, den 9. September.

Dortmund-Lünen-Weilmar. Abends 8.30 Uhr bei Strohmeyer, Vertrauensmännerwahl.

Mittwoch, den 10. September.

Danzig-Laurent. Abends 8 Uhr bei Wölk.

Donnerstag, den 11. September.

Danzig-Ohra. Abends 8 Uhr bei Wogowski. Karlsruhe-Ettlingen. Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilden Mann“.

Freitag, den 12. September.

Danzig-Scheldt. Abends 8 Uhr bei Stall zu Gmans.

Einer Anzahl

Schlosser

wird dauernde Arbeit zu annehmbaren Bedingungen nachgewiesen. Meldungen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstraße 17.

# Die verschiedenen Versicherungsmöglichkeiten.

## Tarif I.

### Sterbeversicherer.

Bei dieser Versicherungsart wird die Versicherungssumme nach dem Tode des Versicherten fällig. Die Beiträge werden bis zum Tode oder bis zum Ablauf der vereinbarten Beitragszahlungsdauer bezahlt.

Dieser Tarif hat die niedrigsten Beitragssätze und eignet sich daher für alle, die ihren Hinterbliebenen mit geringen Aufwendungen einen möglichst hohen Betrag für den Fall ihres Todes sichern wollen. Mit Rücksicht auf die im Alter verminderte Erwerbsmöglichkeit ist die Dauer der Prämienzahlung zeitlich zu begrenzen.

## Tarif II.

### Versicherung auf den Todes- und Lebensfall. (Gemischte Versicherung.)

Die Versicherungssumme mit den Gewinnanteilen wird beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer fällig. Die Beiträge sind bis zur Fälligkeit der Versicherungssumme zu entrichten.

Diese Versicherungsart empfiehlt sich ganz besonders für die Volksversicherung; denn gerade die unbemittelten Volkskreise haben allen Anlaß, neben der Fürsorge für ihre Hinterbliebenen auch sich selbst eine Versorgung für die Zeit zu sichern in der ihre Arbeitskraft und damit ihr Verdienst abnimmt.

## Tarif III.

### Versicherung mit festem Auszahlungstermin. (Verrentungsversicherung.)

Die Versicherungssumme mit den Gewinnanteilen wird nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer fällig. Stirbt der Versicherte (Versorger) vorzeitig, so werden weitere Beiträge nicht erhoben; das versicherte Kapital nebst den Gewinnanteilen aber wird am Fälligkeitstage physisch ohne Abzug ausgegahlt.

Bei dieser Versicherung werden die für einen bestimmten Zweck (z. B. Schulentilgung, Mittärdienst, Beitrag der Kinder) erforderlichen Mittel unabhängig von dem Leben des Versicherten oder eines anderen Versorgers zur rechten Zeit bereitgestellt. Dieser Tarif ist daher die vollkommenste Form der Versorgungsversicherung.

## Tarif IV.

### Kinderversicherung für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren.

Die Versicherungssumme wird mit den Gewinnanteilen beim Tode des Kindes, spätestens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer fällig. Stirbt das versicherte Kind vor Ablauf des 7. Lebensjahres, so werden die eingezahlten Beiträge zu 4% Zinsen erstattet. Die Beiträge sind bis zur Fälligkeit der Versicherungssumme zu zahlen.

Die Kinderversicherung ermöglicht den Eltern die rechtzeitige Bereitstellung der zur Ausbildung eines Sohnes oder zur Ausflichtung einer Tochter erforderlichen Mittel und sichert ihnen gleichzeitig das versicherte Kapital für den Fall, daß das Kind vorzeitig stirbt.

# An die Arbeit!

Auf diesen Grundlagen ruht die gemeinnützige Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands! Wer sein und seiner Lieben Wohl für alle Wechselfälle dieses Lebens Lebens sicheres und unserem Vaterlande, der sollte ihr beitreten. Wer es wohl meint mit unserem Volke und unserer Volksversicherung ein allgemeines Gut der deutschen Arbeiterschaft wird. An alle Glieder unseres Volkes wenden wir uns mit diesem Aufrufe; alle sind berufen, mitzuwirken an diesem großen Werke der Volkswohlfahrt.

Anfragen und Anträge bitten wir zu richten an unsere Verwaltungsstellen und Vertrauensmänner. Diese stellen die nötigen Druckschriften und Formulare jedem gern zur Verfügung. Auch wird Rat und Auskunft bereitwillig erteilt von den Sekretariaten des Gesamtverbandes in

- München, Bayerstraße 25,
- Hamburg V, Bremerreihe 12, parterre,
- Erfurt, Albrechtstraße 31,
- Essen, Seindorfstraße 40,
- Karlsruhe, Klauereckstraße 27
- Dresden-N., Dammweg 4 und dem

# Generalsekretariat des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Köln a. Rh., Wenzelwall 9 II

Gernsprecher A 6475.

# Gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der  
christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

## Einrichtungen und Verwaltung unserer Volksversicherung.

Unser ausschließlich dem Gemeinwohl dienendes Unternehmen bezweckt die Förderung der Volkswohlfahrt durch Verbesserung, Verbreitung und weitestehende Verbreitung der Volksversicherung in Stadt und Land. Unser Bestreben ist darauf gerichtet, den minderbemittelten Volkskreisen eine möglichst vorteilhafte Gelegenheit zu bieten, im Wege der Selbsthilfe Frauen und Kinder für den Fall des Todes ihres Ernährers sicheres zu stellen, den Versicherten selbst eine Altersversorgung zu verschaffen und für die mannigfachen sonstigen Bedürfnisse, die an eine Familie herantraten, (z. B. Schulentilgung, Mittärdienst, Ausstattung der Kinder) Vorkehrungen zu treffen.

Die höchste Versicherungssumme ist auf 1500 Mark festgelegt worden. Wir betreiben also nicht die große Lebensversicherung, sondern arbeiten ausschließlich für die minderbemittelten Volkskreise.

Von dem Jahresgewinn des Unternehmens sind mindestens 80% an die Versicherten zu überweisen. Bis zu 10% des Restes können zur Bildung außerordentlicher Rücklagen (Kriegsreserve usw.) verwendet werden. Erst aus dem dann verbleibenden Betrage ist eine Dividende auf das Grundkapital zu verteilen, die für alle Zeit auf höchstens 4% beschränkt ist.

Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats oder des Vorstandes findet nicht statt.

Der Aufsichtsrat übt sein Amt als unbefolgetes Ehrenamt aus.

Das Vermögen der Gesellschaft ist in den Landesteilen anzulegen, aus denen es stammt. Die Verteilungsgesuche der Versicherten und der Organe sind dabei zu berücksichtigen.

Die Wahrung des gemeinnützigen Zwecks wird durch einen vom Reichskanzler bestellten Reichskommissar überwacht.

## Weshalb brauchen wir eine Volksversicherung?

Die soziale Gesetzgebung hat dem deutschen Volke reichen Segen gebracht. Durch die staatliche Rentensicherung ist dafür gesorgt worden, daß der Arbeiter im Alter, bei Invalidität, Unfall und Krankheit vor der dringlichsten Not geschützt ist; auch seine erwerbsunfähigen Hinterbliebenen — Frau und Kinder — sind nicht vergessen worden.

Doch der Staat kann nicht alles tun. Neben die Staatshilfe muß die Selbsthilfe treten; der selbstbewußte Arbeiter darf nicht vergessen, daß er in erster Linie selbst für sein und seiner Familie Wohlfahrt verantwortlich ist.

Das hat man überall einsehen gelernt, wie die ständig steigenden Einlagen der Sparkassen zeigen. Aber eine wirkliche Sicherheit schafft dieses Sparen doch nicht. Es ist schwer, ohne einen gewissen Zwang regelmäßige Spareinlagen zu machen; noch schwerer ist es, das Sparte nicht wieder abzuhängen. Auch tritt oft genug der Tod an den Familienvater heran, bevor er nennenswerte Beträge für die Seinen zurücklegen konnte.

Den richtigen Weg weist auch hier allein die Versicherung. Die staatliche Rentensicherung muß durch die freiwillige Kapitalversicherung, die sogenannte Volksversicherung, zur vollen Versorgung ergänzt werden.

Um diese segensreiche Einrichtung unseren Mitgliedern und Freunden im vollsten Umfange zugute kommen zu lassen, haben wir uns entschlossen, eine solche Volksversicherung einzuführen. Damit wir nun auch wirklich etwas Gutes bieten können, haben wir uns der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ in Berlin angeschlossen, einem großen gemeinnützigen Unternehmen, das in enger Fühlung mit großen nationalen Organisationen von Arbeitern, Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Bauern, Angestellten, Beamten usw. gegründet ist, um die Volksversicherung zu einem Allgemeingut des deutschen Volkes zu machen. An seiner Gründung haben auch wir tätigen Anteil genommen.

Den Organisationen und den Versicherern ist ein maßgebender Einfluß auf die Verwaltung des Unternehmens eingeräumt worden.

Die angehörlsten Organisationen haben das Recht, nach Belieben Geldmittel der Gesellschaft zu erwerben, wodurch sie **Sitz und Stimme in der Generalversammlung** erhalten.

Dem Ausschichtsrat der Gesellschaft, der insbesondere über die Anstellung und Entlassung der leitenden Beamten und über die Anlage der Kapitalien verfügt, gehören mindestens **zwei Mitglieder der angehörlsten Organisationen** an.

Die Versicherer wählen einen **Verwaltungsbeirat**, dem ein sehr weitgehendes Mitspracherecht über die Geschäftsführung und Verwaltung zusteht. In allen Fragen, die den Gesellschaftsvertrag oder die Versicherungsbedingungen betreffen, ist er gütlich zu hören; auch kann er selbständig Vorschläge machen und Vorschläge stellen. Mehr die Verwendung der Mittel, die den Versicherern zugute kommen müssen, hat er mitzubestimmen.

Der Verwaltungsrat hat einen **Schlichtungsausschuß** zu bilden, dem Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrag zur Beschlichtung vorzuliegen sind. Sierdurch ist dafür gesorgt, daß die Versicherer auch ohne Klage zu ihrem Rechte kommen.

Schließlich hat jeder **Versicherte** das Recht, an der **Generalversammlung** der Gesellschaft teilzunehmen, um sich selbst ein **Mitglied** über alles üben zu können.

Der **Außenbeirat** rügt zum wesentlichen Teile in den Säulen der Organisationen, die sich der Gesellschaft anschließen haben. Alle Arbeiter, insbesondere das jüngere neue Versicherungsnehmer und 1.5 Einzelnen der 14-tägigen Beiträge, werden daher von unseren **Frauenvereinigungen** nebenher mitberührt. Nur so war es möglich, die Geldsummen heranzubringen und die Versicherungen besonders günstig zu gestalten.

**Seine andere Volkerversicherung ist so günstig!**

Ein betrat weitgehender Einfluß ist den Versicherern bei **keinem anderen Unternehmen** eingeräumt. Insbesondere die „Volkensfürsorge“, die sich heute so eifrig dem Volke zu empfehlen versucht, kann auch nicht annähernd gleichwertiges bieten. Dieses Unternehmen ist eine „gewerkschaftlich-gemeinschaftliche“ Aktiengesellschaft, in der nur die Aktionäre, d. h. die **sozialdemokratischen** Gewerkschaften und Konsumvereine, mitzureden haben. Wie die Leiter der „Volkensfürsorge“, die ohne Ausnahme **sozialdemokratische** Güter sind, selbst angeben haben, ist der Hauptzweck dieser Gesellschaft, Einfluß auf die **Freie** zu gewinnen, die der **sozialdemokratische** heute noch fernliegen. Das **Wohl des Volkes** ist dabei **zwecklos**.

Einem Verwaltungsrat aus dem Kreise der Versicherer, wie ihn unsere Volkerversicherung hat, oder gar einen Geschäftsausschuß, der die Rechte der Versicherten wahrnimmt, wird man bei der „Volkensfürsorge“ vergeblich suchen. Wer nicht sozialdemokratisch organisiert ist, hat dort **nichts zu sagen**. Von „Sentralität“ ist keine Rede.

Gezeichnet ist vor allem, daß bei der „Volkensfürsorge“ aus dem **Gewinn zunächst die Aktionäre** ihre 4 % erhalten, während bei unserer Volkerversicherung zunächst die Versicherer und **dann erst die Aktionäre** kommen.

**Unsere Versicherungsbedingungen.**

Die Bedingungen unserer Volkerversicherung sind **unersicht** günstig. Alle Bestimmungen, die bisher bei der Volkerversicherung als **Stärken** empfunden wurden, sind beseitigt. Infolgedessen kann auch die „Volkensfürsorge“ auf diesem Gebiete mit uns nicht in Wettbewerb treten. Sier sei nur auf folgendes hingewiesen:

**Seine ärztliche Untersuchung?**

Wer bei unserer Volkerversicherung einen **Versicherungsausschuß** stellt, übernimmt damit **keine Verpflichtung zur Einlösung des Versicherungsgeldes**; bei der „Volkensfürsorge“ ist er an den **Montag** gebunden.

Wer bei unserer Volkerversicherung für sich, für seine Frau oder für ein Kind bereits einmal die **Kaufnahmegebühr** von 1 Mark gezahlt hat, der braucht für weitere Beiträge **nur noch 50 Pfennig** zu zahlen, während die „Volkensfürsorge“ jedesmal **ausnahmslos 1 Mark** erhebt.

Unsere Volkerversicherung berechnet **keine Gebühren für die Jahresrechnung**; die „Volkensfürsorge“ aber verlangt für jede **Rechnung** jährlich noch **besonders 10 Pfennig** Gebühr.

**Seine Zulassung für Frauerversicherung, Berufsänderung und Mitreisen.**

**Manuskriptbarkeit** schon nach zwei Jahren.

Die **Kriegsgefahr** ist in unserer Volkerversicherung **ohne weiteres eingeschlossen**, und zwar nach fünfjährigem Bestehen der Versicherung in voller Höhe, vorher zu einem gewissen **abschließend** folgenden Prozentsatz. Die „Volkensfürsorge“ verpflichtet sich dagegen bei **Kriegsgefahr** nur zur Zahlung der **Reserve**, und selbst mehrere Zahlungen nur, sofern und soweit sie dafür **besondere Mittel** angesammelt hat; eine **Gewähr** hierfür übernimmt sie aber nicht.

**Seine jede Beitragszahlung ist eine Zeit von 2 Monaten** gewährt.

Wer in unserer Volkerversicherung einen **Beitrag** nicht rechtzeitig leistet, der wird **schristlich** erinnert, um ihn vor **Staat** zu bewahren. Bei der „Volkensfürsorge“ ist eine solche **Warnung** in den Bedingungen nicht vorgesehen.

Bei unserer Volkerversicherung können die **Beiträge bis zu 2 Jahren** gestundet werden, sobald die **Versicherung** eine gewisse **Zeit** bestanden hat; die **Versicherungssumme** bleibt während der **Dauer** der **Stundung** in voller **Höhe** bestehen. Die **Beitragsleistung** kann sogar wieder aufgenommen werden, **ohne daß die Rückstände** nachgezahlt zu werden brauchen. Die „Volkensfürsorge“ kennt dieses **Entgegenkommen** nicht.

Die **Unverfallbarkeit** der Versicherung ist bei uns in weitestgehendem Maße **schergestellt**. Sirt der **Versicherte** auf **Beiträge** zu verzichten, so wird seine **Versicherung** unter **Zugrundelegung** der **vollen** **Prämienreserve** ohne weiteres in eine **beitragsfreie** **Versicherung** umgewandelt; waren seine **Einzahlungen** so gering, daß die **beitragsfreie** **Versicherung** noch nicht **10 Mark** betragen würde, so wird die **bedingungsgemäße** **Rücküberstellung** in bar **gewährt**.

Eine **beitragsfreie** **Versicherung** kann auch **ohne Nachzahlung der Rückstände in alter Höhe** wieder **hergestellt** werden, wenn der **Versicherte** die **Zahlung** **innerhalb** **dreier** **Monate** leistet. Auf dieses **Recht** wird bei der **Versicherung** bei **Umwandlung** seiner **Versicherung** in eine **beitragsfreie** **ausdrücklich** **schristlich** **hingewiesen**. Sirt hier sind die **Bedingungen** der „Volkensfürsorge“ **erheblich** **ungünstiger**. Z. B. kann bei ihr eine **Versicherung** nur **erneuert** werden, wenn die **Rückstände** **nachgezahlt** werden; nach **Verlauf** von **6 Monaten** muß sich der **Versicherte** **überdies** **auf** **seine** **Kosten** **ärztlich** **untersuchen** lassen und **auf** **den** **Rückständen** **ein** **Entgelt** von **einer** **Saldoprämie** zahlen.

Bei unserer Volkerversicherung kann jede **Versicherung** von dem **Versicherten** **zum** **nächsten** **Zahlungstermine** **gekündigt** werden. Die „Volkensfürsorge“ **gestattet** die **Kündigung** nur zum **Jahresschluß**. Sirt wird aber bei uns die **volle** **Reserve** **nebst** **Gewinnanteilen** **abzüglich** von nur **2%** der **Versicherungssumme** **ausgezahlt**, während bei „Volkensfürsorge“ nur **1/4** der **Reserve** **zurückbleibt**.

Bei unserer Volkerversicherung **erhält** der **Versicherte** **beim** **Tode** **nach** **6 Monaten** **bereits** **1/4**, **nach** **9 Monaten** **1/2**, **und** **nach** **einem** **Jahre** **den** **vollen** **Beitrag** **der** **Versicherungssumme** **ausgezahlt**, während bei „Volkensfürsorge“ im **ersten** **Jahre** nur die **Beiträge** **zurückgezahlt**. Bei **Todesfällen** durch **Unfall** oder **infolge** **bestimmter Krankheiten** bekommt der **Versicherte** **bei** **uns** **sofort** **begn.** **schon** **nach** **3 Monaten** **die** **volle** **Summe**, während bei „Volkensfürsorge“ auch in solchen Fällen nur die **eingezahlten** **Beiträge** **zurückgezahlt**.

Bei unserer Volkerversicherung **erfolgt** die **Beitragspflicht** **mit** **dem** **Tode**, während bei „Volkensfürsorge“ **iets** **nach** **die** **Beiträge** **bis** **zum** **Schluß** **der** **Versicherungsjahres** **von** **der** **Versicherungssumme** **abgeht**.

**Seine hervorragende günstigen Bedingungen sichern unserer Volkensversicherung von vornherein eine starke Überlegenheit gegenüber der „Volkensfürsorge“.**

**Unsere Satze.**

Bei unserer Volkerversicherung kann sich **keiner** **versicherung** lassen, ohne **Unterschied** **von** **Stand** **und** **Geschlecht**. Sirt ist es nicht erforderlich, daß der **Versicherungnehmer** **Mitglied** **einer** **christlichen** **Gemeinschaft** ist. **Sobald** **ist** **uns** **herzlich** **willkommen** **und** **bevorzugt** **hat** **in** **unserer** **Volkerversicherung** **gleiche** **Rechte** **und** **gleiche** **Prämien**.

Jeder **Versicherungnehmer** **hat** **die** **Höhe** **des** **Beitrags** **anzugeben**, zu dessen **regelmäßiger** **Zahlung** er sich **verpflichten** **will**. Auf **Grund** **dieser** **Angabe** **wird** **dann** **die** **Versicherungssumme** **unter** **Berücksichtigung** **des** **alters** **des** **Versicherten** **und** **der** **von** **ihm** **gewählten** **Beitragszahlungsdauer** **aus** **den** **Satzen** **ermittelt**.

Die **Beiträge** **sind** **alle** **14 Tage** **im** **vorans** **zu** **entrichten**. Als **regelmäßiger** **Beitrag** können **20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 100, 120, 150, 200, 250, 300, 400,** **500 Pfennig** **gezahlt** **werden**. Der **gleichzeitige** **Abzahlung** **mehrerer** **Versicherungen** **ist** **gestattet**.

Um **einen** **ausreichenden** **Versicherungsfuß** zu erhalten, **braucht** **sich** **kein** **Versicherte** **von** **vornherein** **auf** **hohe** **regelmäßige** **Beiträge** **festzulegen**, die er **an** **ihnen** **erfüllen** **auf** **die** **Dauer** **vielleicht** **nicht** **imstande** **ist**. Sirt soll **vielmehr** **nur** **soviel** **regelmäßig** **zahlen**, als **er** **vorläufig** **schon** **entwerfen** **kann**. Sirt er **über** **regelmäßige** **Beiträge** **hinaus** **ab** **und** **zu** **gewissen** **Zeiten** **kleinere** **Beiträge** **zur** **Versicherung**, so kann er **vielleicht** **in** **bequemer** **und** **vorteilhafter** **Weise** **zur** **allmählichen** **Erhöhung** **seiner** **Versicherung** **benutzen**. Zu **diesem** **Zwecke** **hat** **unsere** **Volkerversicherung** **vorteilhafte** **Zusatzsätze** **geschaffen**.

Unsere **Satze** **weisen** **so** **hohe** **Versicherungssummen** **auf**, wie sie **früher** **in** **der** **Volkerversicherung** **unbekannt** **waren**. Sie **verteilen** **die** **Leistungen** **auf** **die** **Bekanntheit** **der** **Versicherten** **in** **einer** **bisher** **unvergleichlichen** **Maßnahme**. Sirt **hierin** **ist** **uns** **die** **„Volkensfürsorge“** **nicht** **gewachsen**; denn sie **schließt** **die** **Eintrittsbereitschaft** **der** **Beitragenden** **zugunsten** **der** **Ärmlichen** **ein**. Um **ihre** **geringen** **Leistungen** **zu** **rechtfertigen**, **sucht** **die** **„Volkensfürsorge“** **Kapital** **daraus** **zu** **schlagen**, daß **die** **Versicherungen** **bei** **ihren** **bereits** **nominierten** **Versicherungsjahre** **ab**, **bei** **uns** **dagegen** **erst** **3 Jahre** **später** **am** **Gewinn** **teilnehmen**. Dieser **Vorzug** **ist** **aber** **nur** **ein** **scheinbarer**. Denn **selbst** **wenn** **bisher** **schon** **25%** **der** **Jahressumme** **ausmachen** **sollte**, was **sich** **im** **übrigen** **natürlich** **noch** **gar** **nicht** **voraussehen** **läßt**, **bleiben** **unsere** **Leistungen** **auch** **in** **diesen** **Jahren** **nicht** **hinter** **denen** **der** **„Volkensfürsorge“** **zurück**.